



Texte zum unterschiedlichen Umgang der Schweiz mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine und anderen Ländern.

Die Geschehnisse in der Ukraine, der rassistische Umgang mit Menschen an der ukrainischen Grenze und die neue Willkommenskultur in der Schweiz gaben Anlass zur Demonstration am 18. März 2022. Sie stand unter dem Motto "Alle heisst alle. Für eine antirassistische Migrationspolitik". Die Grenzen sind jetzt offen. Menschen dürfen jetzt in der Schweiz ankommen. Lassen wir die neuen Möglichkeiten für alle gelten.

Medienmitteilung des Bündnisses „Alle heisst alle“ vom 12. März 2022

Am 18.03.2022 findet in Luzern die Demonstration „Alle heisst alle“ statt. Das gleichnamige Bündnis thematisiert die Ungleichbehandlung von Menschen auf der Flucht und die rassistische Migrationspolitik der Schweizer Regierung.

Die Solidarität, welche Flüchtende aus den Gebieten der Ukraine entgegengebracht wird, ist gross. Diese Solidarität erreicht jedoch nur weisse Menschen mit europäischen Papieren.

„Viele Menschen haben jetzt Mitgefühl, weil sie Ähnlichkeit mit den Menschen aus der Ukraine sehen. Dabei hängt der Wert von Menschen nicht von ihrer Haut- oder Augenfarbe ab. Diese Schubladisierung ist rassistisch und menschenverachtend. Wenn man Schutz sucht, kommt es nicht darauf an, ob man aus einem Kriegsgebiet kommt, politisch verfolgt wird oder täglich ums Überleben kämpft,“ sagt Mitorganisatorin Angela Addo vom Bündnis „Alle heisst alle“.

Die Schweizer Behörden aktivierten schnell den Schutzstatus „S“, um den Menschen aus der Ukraine ein schnelles und unkompliziertes Ankommen in der Schweiz zu ermöglichen. Im Gegensatz dazu werden Menschen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan seit Jahren daran gehindert in sichere Länder, auch die Schweiz, zu gelangen und zu bleiben.

Täglich werden Menschen an den Aussengrenzen Europas zurückgewiesen, sterben im Mittelmeer oder in den Wäldern der Grenzregionen an Hunger und Kälte. Erreichen sie die Schweiz, durchlaufen sie ein entwürdigendes und aufreibendes Asylverfahren, an dessen Ende oft die Ausschaffung steht. Diese Ungleichbehandlung ist klar rassistisch. Sie ist unmenschlich und tödlich.

„Es ist problematisch, dass sich die Schweiz jetzt auf die Schulter klopft. Sie zeigt sich solidarisch mit den Menschen aus der Ukraine, die auf der Flucht sind. Alle anderen werden aber vergessen. Es ist nationalistisch, Menschen zu bevorzugen und andere im Stich zu lassen. Darauf wollen wir aufmerksam machen,“ so Addo weiter.

Das Bündnis fordert eine würdevolle Willkommenspolitik für ALLE Menschen; egal welcher Herkunft, Hautfarbe und Migrationsmotivation.

Rassismus an ukrainischer Grenze

Hunderttausende Menschen fliehen nach den Angriffen des Putin-Regimes aus der Ukraine. Die angrenzenden EU-Staaten Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien haben ihre Grenzen für Menschen mit gelb-blauem Pass geöffnet. Doch die Solidarität der europäischen Entscheidungsträger*innen gilt exklusiv den Ukrainer*innen und nicht allen Menschen, die die Ukraine, geschweige denn ein anderes Land, wegen Krieg und Gewalt verlassen.

Die ersten Berichte waren erfreulich: Die Grenzen stehen offen. Menschen werden nach dem Grenzübertritt von solidarischen Strukturen empfangen, statt von repressiven Beamt*innen registriert. Das Dublin-System wurde ausgesetzt. Transportunternehmen verlangen keine Fahrkarten und ermöglichen allen, die es wünschen, die freie Weiterreise in Staaten wie Deutschland oder die Schweiz.

Leider trägt der erste Eindruck. Unter dem Hashtag #AfricansInUkraine häufen sich Berichte, dass die vielen Studierenden aus Indien, Nigeria und anderen afrikanischen Staaten an den Grenzen Racial Profiling erleben und an der Ausreise gehindert werden. Auch blockiert werden People on the Move, die bereits vor Verfolgung in anderen Ländern geflohen sind oder aufgrund von Klimatischen Katastrophen, Armut oder Prekariat migrieren und über die Ukraine nach Europa reisen wollen.

Genau deshalb brauche es Frontex, erklärte Karin Keller-Sutter (KKS) an der ProFrontex-Medienkonferenz des Bundesrates, mit der die Ja-Kampagne zur Referendumsab-

stimmung am 15. Mai startete. Der Rat für Justiz und Inneres, in dem auch KKS mitwirkt, will eine diskriminierende Ungleichbehandlung. Frontex sei deshalb in den Grenzregionen zur Ukraine aktiv und unterstütze die lokalen Behörden, um Flüchtende mit ukrainischem Pass von anderen zu unterscheiden und die Ungleichbehandlung durchzusetzen.

„These are not the refugees we have used to. These are people who are Europeans, so we and all other EU countries are ready to welcome them.“

Der bulgarische Premierminister nahm kürzlich Stellung zur Ungleichbehandlung an den europäischen Aussengrenzen. Dabei entlarvte er den Rassismus und Nationalismus an der Grenze: „These are not the refugees we have used to. These are people who are Europeans, so we and all other EU countries are ready to welcome them. These are intelligent people, educated people...some of them are IT specialists,



highly qualified. In other words, this is not the refugee wave we have used to, where we do not know what to do, people with obscure past, maybe terrorists. These are Europeans who just got their...airport bombed, who were shot at, who were hiding in the metro. So none of the European countries is afraid from the immigrant wave that is about to come.“ (auf deutsch: "Das sind nicht die Flüchtlinge, die wir gewohnt sind. Es sind Menschen, die Europäer sind, also sind wir und alle anderen EU-Länder bereit, sie aufzunehmen. Es sind intelligente Menschen, gebildete Menschen... einige von ihnen sind IT-Spezialisten, hochqualifiziert. Mit anderen Worten, dies ist nicht die Flüchtlingswelle, die wir gewohnt sind, wo wir nicht wissen, was wir tun sollen, Menschen mit undurchsichtiger Vergangenheit, vielleicht Terroristen. Das sind Europäer, deren Flughafen gerade bombardiert wurde, die beschossen wurden, die sich in der U-Bahn versteckt ha-

ben. Keines der europäischen Länder hat also Angst vor der Einwanderungswelle, die auf uns zukommt."

Die Lage in Polen wirkt gerade besonders bizarr. In den vergangenen Monaten versuchten immer mehr geflüchtete Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten von Belarus aus die Grenze nach Polen zu überqueren. Der belarussische Autokrat Lukaschenko setzt diese Menschen als Druckmittel gegen die EU ein, ohne sich im Geringsten um deren Leid zu scheren. Polen reagierte darauf mit dem Einrichten einer Sperrzone und dem Bau einer Grenzmauer. Hunderte geflüchtete Menschen harrten und harren bei eisigen Temperaturen in den Wäldern aus, mehrere Todesfälle sind bekannt (die antira-Wochenschau berichtete mehrmals). Eine Kritik an der Ungleichbehandlung geflüchteter Menschen soll in keinsten Weise eine Kritik an der Solidarität gegenüber allen Ukrainer*innen sein, welche nun vor dem Krieg fliehen.



Bild: Menschen warten am Kiewer Hauptbahnhof darauf, einen Evakuierungszug von Kiew nach Lemberg zu besteigen.

Ebenso ist uns bewusst, dass im Falle Polens die historisch-kulturelle Verbindung zwischen Menschen aus Polen und der Ukraine und die geographische Nähe des Konflikts psychologisch bei vielen Pol*innen eine andere Erstreaktion auslöst. Im Vorgehen der europäischen Staaten bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine zeigt sich ein ähnlicher Effekt, der auch während der Corona-Pandemie in verschiedenen Bereichen zu Tage trat: Wenn die Herrschenden wollen, ist plötzlich ganz viel möglich. In Karin Keller-Sutter Antwort auf die Nachfrage eines Journalisten, warum der Schutzstatus S bei Geflüchteten aus Afghanistan denn nicht aktiviert worden sei, steckt viel Rassismus, doch auch eine brutale Ehrlichkeit. Denn in ihrer und der beschränkten Weltsicht vieler bürgerlicher Menschen in der Schweiz, ist es wohl so: Sie haben das Gefühl, dass weisse, europäische Menschen ihnen «näher stehen», als Menschen aus Afghanistan,

Libyen oder kurdischen Gebieten. Und daraus wird nun ein erhöhtes Verantwortungsgefühl abgeleitet. Das Problem an der Sache ist aber: Nach hunderten Jahren Kolonialismus, Globalisierung und Neo-Liberalisierung ist diese Haltung schlicht nicht mehr tragbar. Ob auf Schweizer Banken Geld russischer Oligarchen liegt oder die offizielle Schweiz durch ihre allgemeine Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzpolitik die Klimakrise mit verschärft und so Menschen in Subsahara-Afrika in die Flucht treibt, darf im Umgang mit geflüchteten Menschen keine Rolle spielen. Wenn die europäischen Staaten aktuell von «humanistischer Tradition» und «europäischen Werten» sprechen, sollten wir neben aller Solidarität und Hilfe für die Menschen in der Ukraine nicht vergessen, wie sie diese Werte im Rest der Welt mit Füßen treten.

Für eine antirassistische Migrationspolitik

18. März 2022 - Luzern

Millionen Menschen sind seit Kriegsbeginn bereits aus der Ukraine geflohen. Wir verurteilen das Vorgehen des Putin-Regimes, lehnen aber genauso die NATO als dessen Gegenspieler ab. Unsere Solidarität gilt der Zivilbevölkerung und keinen Nationalstaaten oder Militärbündnissen. Denn militärische Aufrüstung schafft keinen Frieden. Viele europäische Staaten haben ihre Grenzen für ukrainische Staatsbürger*innen geöffnet. Die EU hat die «Massenzustrom-Richtlinie» in Kraft gesetzt und die offizielle Schweiz den Schutzstatus S für ukrainische Staatsangehörige aktiviert. Mit diesem unbürokratischen Vorgehen müssen die geflüchteten Menschen nicht das übliche Asylverfahren durchlaufen. Sie können privat untergebracht werden und erhalten unkompliziert Unterstützung. Auch sollen sie möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden, ohne die üblichen Hürden überwinden zu müssen.

Die Solidarität der offiziellen Schweiz ist aber eine nationalistische „Solidarität“. Den die Regierenden in der Schweiz verzichten darauf, diesen Schutzstatus auch für Kriegsflüchtlinge aus anderen Kriegsregio-

nen der Welt einzuführen. Für diese gilt es weiterhin ein entwürdigendes und entrechtendes Asylverfahren zu durchlaufen, stundenlange Befragungen auszuhalten und in brutalen Bundesasylcamps isoliert zu werden. Und parallel zur Aktivierung des Schutzstatus S hat der Bundesrat die Pro-Frontex Kampagne gestartet. Unter Federführung von Justizministerin Karin Keller-Sutter macht sich der Bundesrat für den Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur Frontex stark, welche von der Schweiz mitfinanziert wird. Gegen eine Erhöhung der Beiträge in den nächsten Jahren wurde das Referendum ergriffen, über welches die Schweizer Stimmbevölkerung am 15. Mai abstimmen wird. Frontex steht für eine Militarisierung der europäischen Aussengrenzen, illegale Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen am laufenden Band.

Die Ungleichbehandlung von Migrant*innen muss ein Ende haben! Kolonialismus, Globalisierung und Neo-Liberalisierung haben Machtstrukturen geschaffen, welche die ganze Welt umspannen. Eine Migrationspolitik, welche die Grenze des Schengenraumes als Trennlinie zwischen «hier»

Demoaufruf

und «dort» betrachtet, ist unter keinen Umständen tragbar. Es darf nicht sein, dass die Bewegungsfreiheit der Einen durch das Verhindern der Bewegungsfreiheit der Anderen ermöglicht wird. Ob auf Schweizer Banken Geld russischer Oligarchen liegt oder die offizielle Schweiz durch ihre allgemeine Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzpolitik die Klimakrise mit verschärft und so Menschen in Subsahara-Afrika in die Flucht treibt, darf im Umgang mit geflüchteten Menschen keine Rolle spielen.

Wenn die europäischen Staaten aktuell von «humanistischer Tradition» und «europäischen Werten» sprechen, sollten wir neben aller Solidarität und Hilfe für die Menschen in der Ukraine nicht vergessen, wie sie diese Werte im Rest der Welt mit Füßen treten.

Wir fordern eine Entmilitarisierung des Grenzregimes und Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Gegen die diskriminierende und rassistische Migrationspolitik.

ALLE HEISST ALLE



Für eine antirassistische Migrationspolitik

Besammlung 18.03.2022 18.30 Uhr | SCHWANENPLATZ, LUZERN | bewilligt | tragt Maske



Redebeitrag von Angela Addo

"Es ist noch zu früh, um sich jetzt auf die Schultern zu klopfen. Es ist noch zu früh, dass sich die Schweiz als Heldin feiern kann. Es ist total verständlich, wenn es dich mitnimmt, dass Menschen aus einem ähnlichen Lebensraum ihr Zuhause verlieren und alles zurücklassen müssen. Doch Menschen von anderen Kontinenten und Kulturen fühlen sich in dieser Situation genau gleich. Menschen aufzuteilen in "echte/richtige" Flüchtende und "falsche" Flüchtende ist sehr problematisch.

Zum Glück ist es noch früh genug, um unser Narrativ zu ändern. Menschen aus dem Globalen Süden haben keine andere Wahl, als nach Europa zu kommen, denn sie können keine Zuflucht in den Nachbarstaaten erhalten. Die meisten geflüchteten Ukrainer*innen bleiben beispielsweise in Polen, weil sie da die Sprache kennen und die Mentalität ähnlich ist.

Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan haben diese Möglichkeit gar nicht, sie MÜSSEN nach Europa. Auf dem Weg dahin kämpfen sie ums nackte Überleben. Für sie gibt es keine Züge oder Privatwagen, die an der Grenze warten. Für sie gibt es nur den Weg über die See, welcher meist tödlich endet. Ihr alle kennt die Bilder."

"Was in den Schweizer Schulbüchern als Entdeckung der grossen weiten Welt bezeichnet wird, ist für die Betroffenen die Ausbeutung ihrer Ressourcen und die Zerstörung ihrer Kultur. Europa ist verantwortlich für die Missstände und Konflikte auf der ganzen Welt und somit auch für die Menschen, die deshalb ihre Heimat verlassen müssen. Nicht nur für die Menschen, die in Europa diesen Krisen ausgesetzt sind.

Nun erhalten die Flüchtenden aus Europa einen S-Status. Damit haben sie die Möglichkeit, zu bleiben und auch gleich Arbeit zu suchen. In der Zwischenzeit hat die Schweiz über 8'000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen.

Erinnert ihr euch noch an den Brand in Moira? 10 Schulkinder wurden aufgenommen. Es geht also offensichtlich nicht um die Kapazität. Deutschland hat in den vergangenen Wochen bereits mehr Flüchtlinge aufgenommen als 2015 bis 2017 während den Anfängen des Syrienkrieges und da sprach man von einer Flüchtlingswelle, FLÜCHTLINGSKRISE. Ist dieses Wort bisher in Bezug auf den aktuellen Konflikt gefallen? Nein. Unsere Politiker beschäftigen sich lieber damit, welche Ukrainer ursprünglich aus Krisengebieten wie Nigeria oder Irak geflüchtet sind.

Weil diese Leute sind gemäss Thomas Aeschi, gebürtiger Innerschweizer, nicht im gleichen Mass willkommen wie gebürtige Ukrainer. Das ist Rassismus in einem Ausmass, das sich gar nicht in Worte fassen lässt."



Redebeitrag von
Abdallah Abbas

Redebeitrag von No Frontex Luzern

"An der Pressekonferenz vor einer Woche wurde die Bundesrätin Karin Keller-Sutter von einer Journalistin gefragt, wie Menschen auf der Flucht zurzeit kontrolliert werden. Ihre Antwort: «Anders als bei Herkunftsländern wie Afghanistan oder Syrien, werden die Sicherheitsprüfungen verkürzt durchgeführt. Die Europäische Agentur Grenzschutzagentur Frontex unterstützte die nationalen Grenzbeamten bei den Kontrollen. Es sei wichtig, dass jetzt nicht Kriminelle oder Terroristen in Schengen-Länder einreisen könnten.»

Diese bundesrätliche Antwort zeigt deutlich: die europäische Migrationspolitik ist zutiefst rassistisch. Menschen aus Afghanistan und Syrien werden vom Schweizer Bundesrat unter Generalverdacht gestellt, nicht-weiße Migrant*innen als gefährlich dargestellt. Mit dieser Sprache, dieser rassistischen Kategorisierung wird die Ungleichbehandlung gerechtfertigt: Schnelle und unkomplizierte Aufnahme für die einen, Abschottung und Grenzgewalt für die Anderen. Grosse Solidarität mit den Einen, Misstrauen den Anderen gegenüber. Am Grenzbahnhof in Buchs suchen momentan Beamte im Zug gezielt nach afghanischen Geflüchteten. Die Menschen werden auf entwürdigende Art und Weise

angegangen. Die Beamten zeigten auf sie und rufen: «Afghan? Out!>». Die rassistische Schweiz 2022 unterscheidet zwischen guten und schlechten Geflüchteten - mit Verweis auf rassistische Sicherheitsnarrative. Es ist beschämend.

Diese Kategorisierung zieht sich über die Schweiz hinaus, bis an die EU-Aussengrenzen. Mittendrin: die EU-Grenzschutzagentur Frontex.

*[türk] Araştırmalar , mültecilerin yıllardır söylediklerini doğruluyor: Frontex, insan hakları ihlallerinin ve yasadışı geri itmele-
rin suç ortağı. Frontex, ulusal sahil güvenli-
lik görevlileri teknelerin motorlarını imha
edip denizde insanları geride bıraktıkların-
da mevcuttur.*

*Frontex, toplu teknelere müdahale eden ve onları Libya'ya geri getirmek için güç kul-
lanan sözde Libya Sahil Güvenlik ile siste-
matik olarak işbirliği yapar. Şiddet, sefalet
ve ölüm, Avrupa'nın dış sınırlarında günlük
yaşamın bir parçası haline geldi. Mülteci-
ler ve göçmenler haklarından mahrum
bırakılıyor, dövülüyor ve sınır dışı ediliyor.
Avrupa sınırı ve sahil güvenlik görevlisi
olarak Frontex sorumluluğu paylaşır.*

Frontex şeffaf değildir.

*Frontex insan hakları ihlallerine karışıyor,
bununla birlikte Frontex, İsviçre'nin de
katılımıyla Avrupa çapında kitlesel olarak
genişletiliyor. Frontex şeffaf değildir.
Frontex bu ırkçı eşitsiz muamelenin bir
parçası. Bazılarının dış sınırlarda dövül-
düğü, bazılarının ise kollarını açarak karşı-
landığı ayrımcı politikadan kısmen
sorumludur. Frontex memurları silah taşır.
Polis, neredeyse askeri operasyonlar
yürütüyorlar. Frontex görevlileri uzun risk
analizleri yazarlar. Ve güvenlik hakkında
konuşmaya devam ediyorlar. Bu şekilde*

Frontex, Avrupa'nın kendisini dış tehditlerden koruması gerektiği hissini aktarır. Frontex, göçmenleri potansiyel suçlular, göçü ise bir tehlike olarak tasvir ediyor.

Recherchen bestätigen, was Flüchtende seit Jahren sagen: Frontex ist Komplizin bei Menschenrechtsverletzungen und illegalen «Pushbacks». Frontex ist anwesend, wenn nationale Küstenwachen die Motoren von Booten zerstören und Personen im Meer zurücklassen. Frontex kooperiert systematisch mit der sogenannten libyschen Küstenwache, die massenhaft Boote abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schafft.

Gewalt, Elend und Tod sind an den Aussen Grenzen Europas Alltag geworden. Flüchtende und Migrierende werden entrechtet, geprügelt und abgeschoben. Als europäische Grenz- und Küstenwache ist Frontex mitverantwortlich. Frontex ist intransparent. Frontex schaut weg. Frontex beteiligt sich an Menschenrechtsverletzungen. Trotzdem wird Frontex europaweit massiv ausgebaut – auch mit der Beteiligung der Schweiz. Frontex ist intransparent. Frontex schaut weg. Frontex beteiligt sich an Menschenrechtsverletzungen. Aber da ist noch mehr: Frontex ist Teil von dieser rassistischen Ungleichbehandlung. Sie ist mitverantwortlich für die diskriminierende Politik, durch die die einen an den Aussengrenzen verprügelt, die anderen mit offenen Armen begrüsst werden.

Frontexbeamt*innen tragen Waffen. Sie führen polizeiliche, fast militärische Operationen durch. Frontexbeamt*innen schreiben lange Risikoanalysen. Und sie sprechen ständig von Sicherheit. Dadurch vermittelt Frontex das Gefühl, Europa müsse sich von einer Gefahr von Aussen schützen. Frontex stellt Migrant*innen als potentiell Kriminel-

le dar – Migration als Gefahr.

Es sind diese Vorurteile, diese Geschichten von Migration als Gefahr, die grenzenlose, weltweite Solidarität verhindern. Für uns ist klar: Es braucht keine nationalistische, sondern antirassistische Solidarität. Es braucht keine Frontex. Die Grenzgewalt, die Überwachung, die Sicherheitsgeschichten von Frontex zerreißen, erschweren und verhindern solidarische Beziehungen zwischen Menschen aus dem Globalen Süden und Norden. Stattdessen begegnen und bezeichnen sich Menschen aus verschiedenen Weltgegenden als fremd.

Jetzt können wir sehen, was alles möglich ist, wie es auch gehen würde: Grenzen werden geöffnet, Menschen auf der Flucht wird mit grosser Solidarität begegnet. Wir sehen: wenn wir wollen, können wir die Grenze öffnen. Es ist eine politische Entscheidung. Die Verantwortlichen könnten sich heute dafür entscheiden, dass keine Menschen mehr sterben auf dem Mittelmeer.

Jetzt können wir sehen, was alles möglich ist, wie es auch gehen würde: Menschen auf der Flucht wird mit grosser Solidarität begegnet, Fluchtwege werden geöffnet. Für uns von NoFrontes ist klar: Diese Fluchtmöglichkeit muss nicht nur heute und an dieser Grenze gewährleistet werden, sondern auch morgen und überall möglich sein. Diese Solidarität darf sich nicht an nationalistischen Kriterien orientieren, sondern muss weltweit, grenzenlos sein – und für alle Menschen gelten.

Wir sagen es wieder und wieder, bis zur Abstimmung am 15. Mai und darüber hinaus: Wir brauchen sichere Fluchtwege statt Drohnen, eine Gesellschaft der Solidarität statt Stacheldraht, Rettungsboote statt Frontex."

**61 Mio. pro
Jahr für
Menschenrechts-
verletzungen?**

**Nein zum
Ausbau von
Frontex!**



Nein am 15. Mai!